

FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 4 / Dezember 2019
18. Jahrgang



Als Außenminister Heiko Maas (Foto: Olaf Kosinsky) am 22. November 2019 die Gedenkstätte des Atomwaffenabwurfes über Hiroshima besuchte, war in seinen Reden nichts Neues zu hören. Zwar sprach er wie gehabt vom Ziel einer Welt ohne Atomwaffen, konkrete Maßnahmen um dieses Ziel in die Tat umzusetzen bleiben aber nach wie vor Fehlanzeige, schlimmer noch er rechtfertigte den Verbleib der Atombomben in Büchel. Drei Tage später besuchte Papst Franziskus (Foto: City of Hiroshima) ebenfalls Hiroshima, im Gegensatz zum deutschen Außenminister aber mit einer unmissverständlichen, politischen Botschaft im Gepäck: Atomwaffen sind und bleiben Massenvernichtungswaffen und sollten daher rechtlich auf eine Ebene mit chemischen und biologischen Waffen, Landminen und Streumunition gestellt werden. Ihre Entwicklung, Modernisierung, Stationierung und vor allem ihr Einsatz muss grundsätzlich verboten werden. Mit seiner Botschaft spricht der Papst dem Atomwaffenverbotsvertrag aus der Seele, denn dieser hat genau solch ein umfassendes Verbot zum Ziel. Foto Hiroshima: Universal History Archive

Deutsche Städte fordern das Verbot von Atomwaffen

Im ICAN Städteappell bekennen sich die Städte zu ihrer besonderen Verantwortung zum Schutz ihrer Bewohner und ächten Atomwaffen grundsätzlich. Gleichzeitig fordern sie die Bundesregierung auf, sich dem Atomwaffenverbotsvertrag anzuschließen. In Deutschland sind allein im Jahr 2019 bereits 64 Städte dem Appell gefolgt, darunter die Landeshauptstädte Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hannover, Magdeburg, Mainz, München, Potsdam, Saarbrücken, Schwerin und Wiesbaden. Auch Mutlangen hat unterzeichnet. Der Gemeinderat entschied einstimmig!

AUCH LANDKREISE MACHEN MIT: DIE OSTALB IST DABEL...

Zusätzlich sind diesem Beispiel auch vier Landkreise wie der Ostalbkreis, und sogar das Bundesland Rheinland-Pfalz gefolgt. Wichtig ist, dass Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte sowie Landtagsabgeordnete den Appell beschließen. Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar, denn im Ernstfall sind sie die primären Ziele eines Nuklearschlags. Letztlich würden Atomwaffen über wichtigen Städten abgeworfen, wo sie alles zerstören was ihren Bewohnern lieb und teuer ist, inklusive der Bewohner selbst. Für viele Städte ist es nicht mehr akzeptabel, diese Bedrohung in Kauf zu nehmen.

...UND DAS BUNDESLAND, IN DEM DIE ATOMBOMBEN LAGERN

Da in der Eifel auch amerikanische Atomwaffen mit ausdrücklicher Zustimmung der Bundesregierung auf ihren Einsatz warten, ist der rheinland-pfälzische Beschluss besonders aussagekräftig, aber keineswegs überraschend. Die nukleare Bedrohung ist dort am greifbarsten.

Die Bundesregierung wird also auf unterschiedlichen Ebenen dazu gedrängt, ihre destruktive Haltung aufzugeben, und sich zu einer ernsthaften Friedenspolitik durchzuringen. Die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), will mit dem ICAN Städteappell den Druck auf die Bundesregierung weiter zu erhöhen.

WEITER FÜR DEN APPELL WERBEN

Durch den Appell haben Sie jetzt eine Möglichkeit ganz konkret auch auf lokaler Ebene die Initiative zu ergreifen und gegen die nukleare Gefahr vorzugehen. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, sendet dies ein wichtiges Signal, dass die in Deutschland lebenden Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen.

Hier finden Sie den Appell:
www.icanw.de/ican-staedteappell

→ S. 3

IN DIESEM HEFT

Foto: Arailym Kubayeva



Netzwerke schaffen
aus der Mutlanger Friedensarbeit
Seite 2

Foto: Friedenskooperative



Gehrt und Verurteilt
von den Büchler Aktionen
Seiten 3 und 4

Foto: Peter Hall



Im Blick: Aufrüstung durch
Raketenabwehr Seiten 5-8

Foto: WSH



Dorfschultes und Mayor for Peace
In Erinnerung an einen engagierten
Bürgermeister S. 9 und 10

Foto: Landeshauptstadt Hannover



Pläne für das neue Jahr: Seite 11
Im Bild: Der Exekutivrat der
Mayors for Peace

Liebe Friedensfreunde und –freundinnen,

Die Bundesregierung hat immer noch nicht den Atomwaffenvertragsvertrag unterzeichnet. Städte sind eingeladen durch die Unterzeichnung des ICAN-Appells auf die Bundesregierung Druck auszuüben, diesen Schritt endlich zu vollziehen. Hier können auch Sie aktiv werden, indem Sie Ihren Bürgermeister oder Ihre Gemeinderäte darauf ansprechen! Wichtig dazu sind auch die jährlichen Aktionen in Büchel, die zunehmend ins Bewusstsein der Öffentlichkeit geraten. Eine Anerkennung dafür ist die Verleihung des Aachener Friedenspreises an die Organisatorinnen Marion Küpker und Elke Koller in diesem Jahr. Wie wichtig für unsere Friedensfreunde die Aktionen in Büchel sind, zeigt auch die große Spendenbereitschaft für den Erwerb der Friedenswiese.

Völlig überraschend ist der Mutlanger Altbürgermeister Peter Seyfried gestorben. Er war ein wichtiger Partner für uns, vor allem durch sein großes Engagement bei den Mayors For Peace. Persönliche Gedanken dazu finden Sie auf den Seiten 10 und 11.

Mit friedlichen Grüßen
Lotte Rodi und Christa Schmaus

VORTRAGSANGEBOT

Carola Moser, Jahrgang 1991, hat 2018 und 2019 in Ramallah in den Palästinensischen Autonomiegebieten gelebt und sich in dieser Zeit intensiv mit dem Nahostkonflikt auseinandergesetzt. Während ihres Aufenthalts hat sie u. a. die Aktivisten von "Youth against Settlements" und "Breaking the Silence" kennengelernt und sich ein Bild vom Leben im besetzten Westjordanland machen können. In ihren Vorträgen zeichnet sie die historische Entwicklung des Nahostkonflikts nach und zeigt auf, woraus das heutige Verhältnis zwischen dem Staat Israel und den besetzten Gebieten resultiert. Für Vorträge oder Diskussionen steht Carola Moser gerne zur Verfügung. Carola Moser war auch mit unserer Delegation in New York bei den Verhandlungen zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag. Auch hierüber berichtet sie gerne.

KONTAKT
carolamoser91@googlemail.com



Arailym gibt ein Radiointerview

Foto: ICAN

Aus den Aktivitäten unserer Friedensarbeiterin Arailym Kubayeva

ICAN-WORKSHOPS UND VORTRÄGE

Im September und Oktober habe ich auf Anfrage von ICAN Deutschland e. V. als Verantwortliche für die Bildungsarbeit die Durchführung mehrerer Veranstaltungen in Baden-Württemberg übernommen.

Sebastian Leininger, Politik- und Wirtschaftstudent aus München, und ich waren in Ulm. Wir haben ein Interview bei Radio Free FM gegeben. Wir stellten ICAN vor und zeigten auf, warum das Thema nukleare Abrüstung keinen Deut an Relevanz verloren hat. Das Interview war eine tolle Erfahrung für uns beide. Es ist zu finden unter: <https://www.freefm.de/artikel/ican-und-das-atomwaffenverbot>

Am gleichen Tag fand unser Vortrag im Rahmen der Ulmer Friedenswochen in der dortigen Volkshochschule statt, der von IPPNW Ulm organisiert wurde. Am nächsten Tag besuchten wir eine Schule in Ulm, wo wir einen vierstündigen Workshop mit Schüler/-innen durchgeführt haben.

Ein paar Stunden später fand dann im „Club Orange“ der Volkshochschule Ulm unser Abendvortrag mit dem Titel „ICAN und das Atomwaffenverbot: Neue Impulse für die Abrüstungsdebatte“ vor einem interessierten Ulmer Publikum statt.

Am nächsten Morgen hieß es dann früh aufstehen und mit dem Bus zur Sägefeldschule Ulm fahren, die etwas außerhalb von Ulm liegt. Dort haben wir mit den Schüler*innen der Klasse 10a einen Workshop veranstaltet. Es war sehr schön zu beobachten, wie die Schüler*innen durch den Workshop dazu angeregt wurden, sich mit der nuklearen Bedrohung auseinanderzusetzen. So vergingen die vier Schulstunden wie im Flug. Wir danken der IPPNW für ihre Einladung und die Organisation der verschiedenen Veranstaltungen. Wir kommen gerne wieder oder gehen auch gerne woanders hin!

AUSTAUSCH IN DER AKTIONSGEMEINSCHAFT DIENSTE FÜR DEN FRIEDEN

Ende September traf sich der Fachbereich 1 der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF): Lokale und regionale Friedensarbeit. Ich vertrat die Friedenswerkstatt Mutlangen, mein erster Besuch der Sitzungen dieses Fachbereichs.

In unserem Fachbereich besprachen wir unter anderem, wie wir mit Überarbeitung und Überlastung in der lokalen Friedensarbeit umgehen. Zur Sprache wurde auch gebracht, dass es sehr schwierig ist junge Menschen zu engagieren. Im Arbeitskreis werden wir daran arbeiten, junge Menschen, die einen Freiwilligendienst machen wollen oder machen werden in die lokale Friedensarbeit einzubeziehen, um die Ressourcen in der AGDF zu bündeln. Dabei wurde auch nach den erfolgreichen Erfahrungen der Friedenswerkstatt gefragt.

Wir tagten im Antikriegshaus Sievershausen, das bis jetzt als eine Graswurzelorganisation wie die Friedenswerkstatt funktioniert. Ich fand sehr viele Ähnlichkeiten in unserer Arbeit mit dieser NGO. Denn die Schwerpunkte der Arbeit des Antikriegshauses sind auch Friedenspädagogik, politische Bildung, Ausstellungen und Erinnerungsarbeit. Seit über 50 Jahren (wir seit 23 Jahren) werden internationale Workcamps durchgeführt, mittlerweile in Kooperation mit ICJA – Freiwilligenaustausch weltweit. Alle zwei Jahre wird ein Friedenspreis vergeben, wir haben auch den Friedenspreis der Pressehütte.

Anschließend trafen sich 19 Friedensorganisationen bei der Mitgliederversammlung der AGDF. Die Mitgliederversammlung forderte die Synode der EKD auf, bei ihrer Tagung im November 2019 in Dresden einen Beschluss für die Ächtung von Atomwaffen und gegen die nukleare Abschreckung als eine „heute noch mögliche“ ethisch verantwortbare Sicherheitspolitik zu verabschieden, sowie die Bundesregierung umgehend den UN-Atomwaffenvertragsvertrag zu unterzeichnen.

Arailym Kubayeva

Kunst in Sievershausen – Schachspiel für Menschenrechte
Foto: Arailym Kubayeva





In Aachen geehrt: Dr. Elke Koller und Marion Küpker



Fotos: Friedenskooperative

Aachener Friedenspreis: Erneut das Engagement gegen Atomwaffen gewürdigt

IM LETZTEN JAHR HAT JUNEPA DEN AACHENER FRIEDENSPreis ERHALTEN. IN DIESEM JAHR IST ES DIE KAMPAGNE „BÜCHEL IST ÜBERALL – ATOMWAFFENFREI.JETZT.“

Am Antikriegstag, dem 1. September 2019, würdigte der Aachener Friedenspreis e. V. erneut das Engagement gegen die Atomwaffen in Büchel. Er ging an Marion Küpker, als Vertreterin der Kampagne und Dr. Elke Koller als Vertreterin des „Initiativkreis gegen Atomwaffen“ in der Eifel. Als Gesichter der jeweiligen Initiativen wurden sie auch persönlich für ihr jahrzehntelanges, gewaltfreies Engagement rund um die Forderungen nach vollständigem Abzug der US-Atombomben aus Büchel und der weltweiten Abrüstung aller Atomwaffen ausgezeichnet.

Anlässlich der Preisverleihung wurde eine 40-köpfige Gruppe „Radeln für den Frieden“ von Bürgermeisterin Hilde Scheid (Grüne) im Weißen Saal des Aachener Rathauses empfangen. Dreihundert Menschen demonstrierten am Eisenbrunnen zum Antikriegstag. Bei der feierlichen Preisverleihung in der Aula Carolina, war das ehemalige Kirchenschiff bis auf den letzten Platz gefüllt.

Die Laudatio hielt Herta Däubler-Gmelin. Die ehemalige Bundesjustizministerin fasste die Erkenntnis aus der Sprengkraft der in Europa lagernden US-Atombomben, der Gefahr von Unfällen oder eines „Atomkriegs aus Versehen“ knapp zusammen: „Atomwaffen sind Teufelszeug.“ Mit Blick auf die unermüdlichen Aktivitäten in Büchel stellte sie fest: „Gewaltlosigkeit, Zivilcourage, Herz und Tatkraft zeichnen die beiden Preisträgerinnen aus.“

An den Aachener Oberbürgermeister appelierte sie, Aachen möge den ICAN-Städteappell unterzeichnen und an uns alle: „Lassen Sie uns nicht nachlässig werden! Die Kinder verlangen das von uns, das ist das, was wir tun können.“ Mit einem Wort von Bertold Brecht wandte sie sich an die beiden Preisträgerinnen: „Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Das sind Sie!“

Die Preisverleihung endete mit dem gemeinsam gesungenen Lied „We shall overcome“. Die Musik drückte das aus, was wahrscheinlich viele im Saal spürten: die tiefe Verbundenheit miteinander, den festen Willen weiterzumachen und das Glück, damit nicht allein zu sein. **Stefanie Intveen**

DEN WIDERSTAND VERSTETIGEN: FRIEDENSWIESE IN BÜCHEL

Die Friedenswiese in Büchel ist ein permanenter Ausdruck unseres Protestes gegen die dort gelagerten Atomwaffen. Sie ist manchem in der Bevölkerung und manchen in den örtlichen Verwaltungen ein Dorn im Auge. Erinnerung sie doch an die dort lagernde atomare Gefahr. Mit Vandalismus oder Auflagen gegen dort aufgestellte Friedenssymbole sind wir immer wieder konfrontiert. Wir lassen uns nicht entmutigen.

ENORMES ECHO

Wir sind überwältigt, wie viel Rückmeldung wir auf unseren Bettelbrief für die Friedenswiese in Büchel bekommen haben. Bis Ende September wurden uns so viele Spenden überwiesen, dass wir möglicherweise auf keines der Darlehensangebote zurückgreifen müssen. Zusammengezählt könnten wir das Grundstück zwei- bis dreimal finanzieren. Der Kauf des Grundstücks zieht sich noch dahin. Die rechtlichen Gegebenheiten sind kompliziert.

Unser Ziel ist es, dass der bisherige Pächter das gesamte Grundstück mit unserer (eigentlich Eurer) Hilfe kaufen und umgehend bezahlen kann. Dafür geben wir ihm ein gesichertes Darlehen, das er uns innerhalb der nächsten Jahre in Monatsraten zurück bezahlen wird. Gleichzeitig wird er uns die Friedenswiese und das Bühnengrundstück weiterhin bei Bedarf zur Verfügung stellen. Alle „Überschüsse“ aus der Rückzahlung unseres Darlehens werden wir für gewaltfreie Aktionen in Büchel zur Verfügung haben. Wir sind zuversichtlich, dass unser Plan funktioniert. **Marion Küpker, Volker Nick**

→ Fortsetzung von S. 1
Die internationale Gemeinschaft, inklusive der Kurie in Rom auf der einen Seite, und Bürgermeister auf der anderen Seite fordern das endgültige Verbot von Atomwaffen. Der Erfolg des ICAN Städteappells zeigt, dass neben der internationalen Staatengemeinschaft vor allem auch die lokale Bevölkerung und die Landespolitik längst verstanden hat, was die Regierung nicht wahrhaben will: Atomwaffen können nicht länger als verteidigungspolitisches Druckmittel verharmlost und zum Teil der Abschreckungsstrategie erklärt werden. Sie gehören ins Gruselkabinett der internationalen Sicherheitspolitik verbannt.

Atomwaffenverbotsvertrag: Nur noch 16 Staaten fehlen

Sobald 50 Staaten den Vertrag ratifizieren, tritt der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft.



Foto: Pressehütte

Dann sind neben biologischen und chemischen Waffen auch nukleare Waffen international geächtet. Aktuell ist der Vertrag von über 80 Staaten unterschrieben und bereits von 34 ratifiziert. Damit sind schon mehr als zwei Drittel der erforderlichen Ratifizierungen erreicht – so schnell wie bei keinem anderen Vertrag der Vereinten Nationen jemals zuvor.

Florian Eblenkamp,
Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen



Kein juristischer Erfolg, aber offene Ohren der Richterin

Am 25. September 2019 saßen wir im Landgericht Koblenz in einer 7-stündigen Verhandlung, um unseren Widerspruch gegen das Amtsgerichtsurteil zu begründen und das rechtswidrige Handeln der Bundesregierung anzuklagen.



Die Angeklagten vor dem Gerichtsgebäude

Foto: JUNEPA

Vor 50 beobachtenden Zeugen konnten wir unsere Einlassungen in Ruhe vortragen. Unsere Argumentationen und Bedrohungseinschätzungen wurden von der Richterin Frau Strauß, sowie den zwei Schöffen aufmerksam und sehr interessiert verfolgt. Noch nie hat jemand von uns in einem Gerichtsverfahren so ein Gefühl gehabt, dass Menschen auf der staatlichen Bank sich berühren lassen und wirklich zuhören. Nach der ersten Einlassung war die Richterin gar nicht vorbereitet, weiter fortzufahren. Sie stammelte ein paar Fragen, die völlig zusammenhanglos waren- sie hatte während der Einlassung keine innere Zeit gehabt, sich auf die weitere Prozessführung vorzubereiten. Sie hat aktives Zuhören praktiziert.

Unsere Vorbereitung des Prozesses imponierte ihr sichtlich. Unsere sechs Beweisanträge (BA), die wir mit Hilfe des Rechtshilfebüros Hamburg erarbeitet hatten, sorgten für eine längere Prozesspause. Statt der angesetzten 20 Minuten beratschlagte die Richterin mit den zwei Schöffen über eine Stunde, ob sie abgelehnt werden oder Berücksichtigung finden sollten.

Die Oberstaatsanwältin Maier hatte natürlich Rechtsabweisung beantragt, wegen fehlender Rechtfertigungsgründe für unser Handeln. Es schien, Richterin und Schöffen hätten schwierige Diskussionen miteinander gehabt. Ergebnis war jedenfalls eine Ablehnung unserer Beweisanträge.

In einer zweiten Welle stellten wir weitere Beweisanträge. Dabei ging es uns insbesondere um die Schaffung von Grundlagen für die Revision bzw. die Verfassungsbeschwerde: Nur dass, was hier beim Landgericht zur Sprache kommt, bzw. „abgewürgt“ wurde, kann später zum Thema gemacht werden.

Um 19.12 Uhr wäre dann der Prozess fast zu Ende gewesen; über Lautsprecher erschallte die Ansage, dass das Gericht jetzt geschlossen würde; Der Gerichtsschreiber begann in aller Hektik seine Daten zu sichern, da auch alle Rechner runterfahren würden- das konnte aber noch einmal verhindert werden. Das Plädoyer vom Rechtsbeistand Holger Isabelle Jänicke und unsere Schlusswörter mussten wir dann kürzen – hier hatten wir versäumt,

rechtzeitig unser eigenes Zeitmanagement für den Prozess durchzurechnen und Vertagung zu beantragen. Leider konnte sich die Kammer nicht durchringen, uns freizusprechen. Richterin Strauß machte aber in ihrer kurzen Urteilsbegründung (es war schon nach 20 Uhr) deutlich, dass sie eine ausführliche schriftliche Urteilsbegründung nachreichen würde. Sie dankte uns sehr für die Einblicke, die wir der Kammer in die Bedrohung durch die Nuklearwaffen ermöglichten und die Einblicke in unsere Arbeit. Eine ihrer Fragen lautete: „Kriegen wir das mit dem Mittel des Strafrechtes gegriffen?“ Eine andere: „Was ist der Zivile Ungehorsam ohne die Bühne des Gerichts?“ Sie kündigte an, unsere Ziele mit in die Urteilsbegründung aufnehmen zu wollen. Das Urteil des AG Cochem wurde teilweise aufgehoben und die Tagessatzhöhe zweimal niedriger angesetzt. Aber die 30 Tagessätze blieben.

Wir sind mit dem Verlauf des Prozesses sehr zufrieden. Der Gerichtssaal wurde zum Podium für die Tatsache einer deutlichen Völkerrechtsverletzung, für die Missachtung mehrerer zwischenstaatlicher Verträge; und auch die Verletzung der menschlichen Würde durch die Existenz und Drohung mit Atomwaffen bekam Raum. Die Verdrängung von unerwünschten Ängsten mag ein gesunder Selbstschutz der menschlichen Psyche sein, im politisch-ethischen Zusammenhang hat sie nichts zu suchen. Und vielleicht muss sogar die juristische Frage noch auf weiteren Ebenen geklärt werden: Gibt es einen weißen Fleck in der strafrechtlichen Beurteilung vom zivilen Ungehorsam im Rahmen der Notwehr, bzw. des rechtfertigenden Notstands?

Offenbar greifen hier die einzelnen Aspekte dieser Straffreiheitstatbestände nicht richtig, wenn es um die Bedrohung durch Atomwaffen und deren Unterbrechung durch zivilen Ungehorsam geht? Weil z.B. „die gegenwärtige Bedrohung / der Angriff“ anders ausgelegt werden müsste? Wir sind gespannt auf die Urteilsbegründung.

Ernst Ludwig Iskenius



Bild: Friedenskooperative

DIE BUNDESWEHRVERWALTUNG WILL GELDBUSSEN

Vor dem Amtsgericht Bonn hatte das IPPNW-Vorstandsmitglied Inga Blum einen Prozess wegen unberechtigtem Aufenthalt in einem militärischen Sperrbezirk. Die Hamburger Ärztin hatte auf der Zufahrt des Fliegerhorstes Büchel demonstriert. Das Amtsgericht stellte das Ordnungswidrigkeitsverfahren aufgrund einer unklaren Beweislage ein, auf Kosten der Staatskasse. Unklar war wo die Blockade stattfand. Noch auf öffentlichem Gelände? Die Beschuldigte äußerte sich nicht dazu. Ein befragter Polizist konnte keine konkrete Antwort geben. Das Bundesamt für Infrastruktur im Bundesverteidigungsministerium hatte keinen Vertreter geschickt.

WEITERE VERFAHREN GEGEN BÜCHEL-DEMONSTRANTEN FOLGEN

1.) Die Berufungsverhandlung wegen der Go-In-Aktion vom 23.7.2018 ist für Dienstag, den 4.2.2020 um 13 Uhr im Landgericht Koblenz terminiert. 5 AktivistInnen, die im Amtsgericht Cochem zu Geldstrafen zwischen 30 und 60 Tagessätzen wegen Hausfriedensbruchs verurteilt worden sind, haben dagegen Berufung eingelegt. 2.) Alle 17 AktivistInnen der beiden Go-In-Aktionen vom 30.4.2019 erhielten Strafbefehle zwischen 25 und 50 Tagessätzen wegen Hausfriedensbruchs und/oder Sachbeschädigung. 15 haben Einsprüche eingelegt und warten auf Prozesstermine im Amtsgericht Cochem. **Martin Otto**

Im Blick // Raketenabwehr

Beilage FreiRaum Nr. 4 / Dezember 2019

www.pressehuette.de

Raketenabwehr war durch den ABM-Vertrag grundsätzlich bis 2004 verboten. Nur jeweils ein Gebiet sollte durch eine Raketenwehr in den USA und Russland geschützt werden. Damit sollte die gegenseitige Abschreckung gewährleistet und ein Atombombeneinsatz verhindert werden. Wer als erstes Atomraketen abgeschossen hätte, würde durch den Gegenschlag vernichtet.



[Foto: Global Network] US-Präsident Bush kündigte den ABM-Vertrag und machte damit den Weg frei zur Stationierung von Abwehr raketen in Alaska und in Europa. Zusammen mit der technischen Aufrüstung der Atomwaffen wurde damit ein neues nukleares Wettrüsten in Gang gesetzt. Das Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space (www.space4peace.org) wehrt sich gegen den Aufbau von Raketenabwehrsystemen, denn durch sie schreitet die Militarisierung des Weltraums voran: "Keep Space for Peace". (Bewahrt den Frieden im Weltraum.) Wer sich durch einen Raketen schutzschirm für unverwundbar hält, steht in der Gefahr Atomwaffen als Erster einzusetzen: "Missile Defense is an Offense." (Raketenabwehr stellt einen Angriff dar.) Im folgenden analysiert Peter Schulz Entwicklung und Aspekte der Raketenabwehr.

Was ist eine Raketenabwehr?

Seitens der USA und Russlands/Sowjetunion wurden unter dem Eindruck, dass es während des Zweiten Weltkrieges nicht möglich war, Raketen vom Typ V-2 im Fluge zu vernichten, vielfältige Versuche unternommen, ballistische Raketen vom Himmel zu holen. Anfang der 1960er Jahre gelang es sowohl der Sowjetunion als auch den USA strategische Raketen unter idealen Schießplatzbedingungen abzufangen – erstmals wurde am 4.3.1961 eine Mittelstreckenrakete R-12 (SS-4) durch eine Fliegerabwehrrakete vom Typ W-1000 abgefangen, am 19.7.1962 testeten die USA eine Rakete vom Typ Nike Zeus gegen eine Interkontinentalrakete vom Typ Atlas D. Die strategische Raketenabwehr schien in greifbare Nähe zu rücken. Heute stellt die Raketenabwehr einen Komplex an Kräften und Mitteln, Maßnahmen und Gefechtshandlungen dar, die auf die Abwehr von gegnerischen Raketen schlägen

durch Vernichtung seiner ballistischen Raketen bzw. deren Raketengefechtshäupter zielt. Diese unterteilt man im Laufe der Jahre in strategische und taktische Raketenabwehr. Beide Arten von Raketenabwehr sind selbst Bestandteil eines integrierten Luftabwehrsystems mit folgenden Elementen:

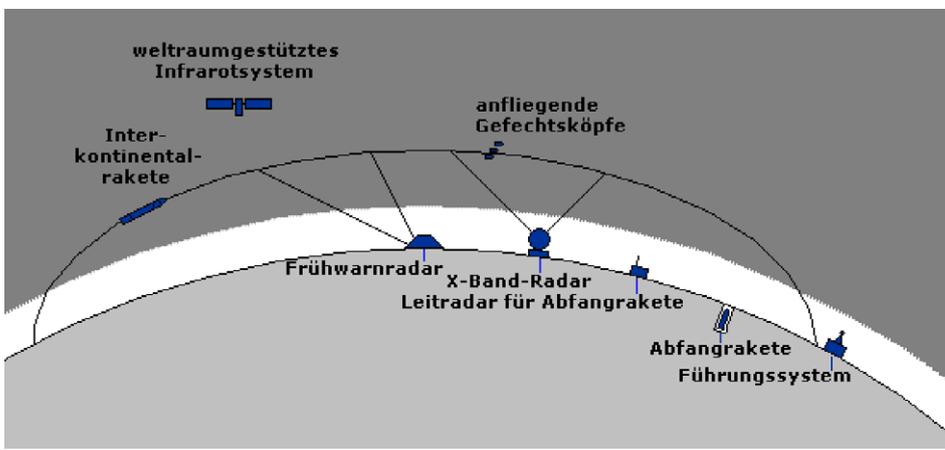
- **ballistische Raketenabwehr** (Ballistic Missile Defense)
- **taktische Raketenabwehr** (Theater Missile Defense)
- **Abwehr von Marschflugkörpern** (Cruise Missile Defense)
- **Flugabwehr** (Air Defense)
- **Luftraumüberwachung und Luftraumschutz** (Air Policing)

Wer Betrachtungen zur strategischen Raketenabwehr anstellt, muss andererseits auch die Wechselwirkung von

strategischen Offensiv- und Defensivwaffen beachten. Diese Wechselwirkung folgt den Ausführungen von Clausewitz, dass die Verteidigung, „indem man unter ihrem Beistand Sieger wird, gewöhnlich ein günstigeres Verhältnis der Kräfte herbeiführt“.

Zu den strategischen Defensivkräften zählen:

- die Raketenabwehr
- die Luftverteidigung des Landes
- die Raketenfrühwarnsysteme
- Systeme zur Weltraumüberwachung.



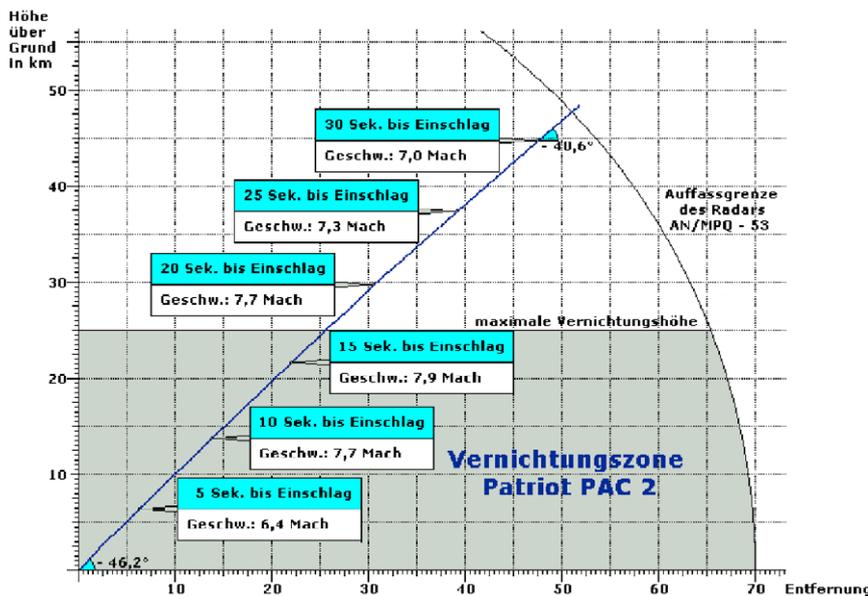
Die Elemente eines Raketenabwehrsystems

Die Illusion eines Raketenabwehrschirmes

Wie weit eine Raketenabwehr umsetzbar war, wurde während der Operation „Desert Storm“ sichtbar. Die irakischen Raketen truppen starteten gegen Israel bzw. Saudi-Arabien Dutzende ballistische Raketen vom Typ Al-Hussein. Gegen diese Raketen kamen Fliegerabwehr-Raketen vom Typ Patriot PAC-2 zum Kriegseinsatz. Um die Wirksamkeit der Patriot-Raketen einzuschätzen, sei der Befehlshaber der Koalitionstruppen im 2. Golfkrieg – Norman Schwarzkopf – zitiert:

„Bestimmte Waffensysteme sind von Einzelnen aus persönlichen Motiven kritisiert worden. Dazu gehört auch die Patriot-Rakete.

Die Kritiker bewiesen damit aber nur ihre eigene Unkenntnis hinsichtlich des Verwendungszwecks dieser Rakete. Sie sollte zur Verteidigung von Punktzielen wie Flugplätzen, Nachschubbasen oder Stabsquartieren gegen feindliche Angriffe von Flugzeugen oder Raketen eingesetzt werden. Ich kenne keinen einzigen Fall, in dem es der Patriot nicht zu hundert Prozent gelungen wäre, das von ihr zu schützende Ziel wirksam zu verteidigen. Die Tatsache, dass sich diese Waffe auch bei der Verteidigung größerer Räume bewährt hatte, war ein zusätzlicher Erfolg, denn wir konnten mit ihrem Einsatz ganze Städte so erfolgreich schützen, wie wir es nie erwartet hätten.“



Patriot vs. Al-Hussein: Kennziffern anhand einer ballistischen Flugbahn mit 638 km Reichweite

Das grafische Beispiel zeigt, dass die Al-Hussein etwas mehr als sieben Minuten bis zum Ziel benötigt. 32 Sekunden vor dem Einschlag wurde diese Rakete auf dem Radarschirm der Patriot-Feuerbatterie sichtbar. Bekämpft werden konnte die ballistische Rakete erst, wenn sie in die Vernichtungszone 25 km über Grund eintauchte – also 17 Sekunden vor dem Einschlag.

Wenn die Rakete zerstört wurde, kam es zu Raketentrümmerteilen, deren Wirkungen man erst später beachtete. Dazu gab es zwei Jahre nach dem 2. Golfkrieg eine interessante Untersuchung von Steve Fetter, Goerge Lewis und Lisbeth Gronlund in der Zeitschrift Nature vom 28. Januar 1993. Sie stellten die Frage: „Warum waren die Verluste so gering?“ Die Antwort darauf war ernüchternd, es war eigentlich egal, ob die Patriot-Raketen zum Einsatz kamen oder nicht.

je Rakete Al-Hussein	ohne Patriot-einsatz	mit Patriot-einsatz
Tote	0	0,07
Verletzte	4,7	6,6
beschädigte Wohnungen	214	300
zerstörte Wohnungen	40	34

Verluste je eingeschlagener Rakete vom Typ Al-Hussein

Von 87 erfassten Raketen des Typs Al-Hussein wurden 44 bekämpft. Gegen die bekämpften Raketen wurden 158 Patriots gestartet – also durchschnittlich drei bis vier Patriots. Heutige quasi-ballistische Raketen sind schwerer zu bekämpfen. Zu diesen Herausforderungen gehören:

- nur Schutz eines wichtigen Objektes bzw. einer kleinen Region möglich
- eine ständige Gefechtsbereitschaft und eine stabile automatisierte Führung gewährleisten;
- den eigentlichen Gefechtskopf unter vielen ausgestoßenen Attrappen erkennen;
- die Zielkoordinaten einer Raketen-gefechtskopfes mit quasi-ballistischer Flugbahn, die ja im Endanflug gelenkt wird, ermitteln.

Diese Herausforderungen wurden im seit 2015 laufenden Jemenkrieg deutlich. Die Huthi-Rebellen setzten u.a. Raketen vom Typ Totschka ein. Es war der von Saudi-Arabien geführten Koalition nicht möglich, diese Rakete zu vernichten und endete für diese Truppen mit hohen Verlusten. Den Präsentierungen von Raketenabwehrsystemen als reale, sich über uns aufwölbende Schutzschirme muss entgegengetreten werden.



WELTWEIT: PLÄNE UND PROTESTE

Japan

Japan ist mit Radaranlagen in die Raketenabwehr der USA eingebunden. Eine eigene Raketenabwehr mit Aegis-Zerstörern und Patriot-Raketen soll gegen Angriffe aus Nordkorea schützen. Das Global Network unterstützt den dortigen Widerstand.

Korea

Das Terminal High Altitude Area Defense (THAAD) wurde entwickelt, um Kurz- und Mittelstreckenraketen auf einem Kriegsschauplatz oder in einer Region abzuwehren. Das THAAD-System wurde von der Lockheed Martin Space Systems Company und Raytheon entwickelt. In Südkorea soll das neue Raketenabwehrsystem THAAD vor Angriffen aus Nordkorea schützen. Doch US-Raketenabwehrexperte Ted Postol hält es für die Verteidigung unbrauchbar. Gleichzeitig ist er überzeugt: Mit ihm können die USA die Flugbahnen chinesischer Interkontinentalraketen ausspionieren. Gegen die Stationierung gab es massive Proteste an denen auch Mitglieder des Global Networks beteiligt waren und weiterhin sind.



Foto: Global Network

Kosten der US-amerikanischen Raketenabwehr

Trotz alledem setzen allen voran die USA auf die Raketenabwehr. Nachdem sie den ABM-Vertrag aufgekündigt hatten, wurde ein weltumspannendes, mehrstufiges Programm verabschiedet, in das sehr viel Geld investiert wird.

Gerade Russland und China befürchten, dass ein solches System ihnen die Fähigkeit zu einem Zweitschlag nehmen würde. Gleichzeitig befeuert das den Rüstungswettlauf.

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Staatshaushaltsausgaben	3 982,1	4 070,8	3 915,8	3 779,2	3 778,8	3 911,7	4 007,5	4 061,3	4 109,0
Verteidigungsausgaben	768	766,1	722,7	664,8	622,8	596	588,1	580,3	600,7
Budget MDA (Raketenabwehrbehörde)	9	9,5	9,3	8,3	8,6	8,3	8,6	8,7	10,5
MDA im Verhältnis zu Verteidigungsausgaben (in %)	1,2	1,2	1,3	1,2	1,4	1,4	1,5	1,5	1,7
Zum Vergleich: Umweltschutzausgaben	12,7	12,2	14,2	10,4	10,1	7,4	9,1	8,1	8,1

Ausgaben für die US-Raketenabwehr (in Mrd. \$, Basis 2018)



Eine russische Startrampe S-400, das Pendant des US-amerikanischen Patriot-Systems (Foto: Peter Hall)

Türkei

Die Türkei kauft von Russland mehrere Raketenabwehrsysteme. Die Startrampe S-400 ist das Pendant des US-amerikanischen Patriot-Systems. Die USA haben die Türkei daraufhin von der Entwicklung des neuen Kampfjets F-35 ausgeschlossen und wollen wegen Sicherheitsbedenken das Flugzeug auch nicht mehr an die Türken liefern. Die F35 ist ein atomwaffenfähiger Kampfjet, der für die technisch aufgerüstete B61-12 genutzt werden könnte, deren Vorgängerversion B61 immer noch auf der Luftwaffenbasis Incerlic lagern.

European Phased Adaptive Approach

Für die weltumspannende US-amerikanische Raketenabwehr spielt Europa eine wichtige Rolle. Erinnert sei an die bilateralen Verträge mit Tschechien und Polen vom Sommer 2008, die strategische Raketenabwehrsysteme vom Typ GBI in Redzikowo bzw. eine Funkmessstation in Brdy vorsahen. Mit dem Amtsantritt von Obama änderten sich die Pläne. Am 17. September 2009 offerierte er einen Mehrstufenplan für Europa in puncto Raketenabwehr (European Phased Adaptive Approach, EPPA). Auf dem Lissaboner NATO-Gipfel vom 19. November 2010 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs das Strategische Konzept für die Verteidigung und Sicherheit für die folgenden Jahre, in dem dieses Angebot mit den nachstehenden Sätzen gewissermaßen angenommen wurde: „Wir werden daher (...) die Fähigkeit entwickeln, unsere Bevölkerungen und Gebiete gegen einen Angriff mit ballistischen Flugkörpern als ein Kernelement unserer kollektiven Verteidigung zu verteidigen, was

zur unteilbaren Sicherheit des Bündnisses beiträgt. Wir werden aktiv die Zusammenarbeit mit Russland und anderen euroatlantischen Partnern in der Raketenabwehr anstreben; ...“

Was wurde knapp ein Jahrzehnt später erreicht? Jedenfalls nicht das, was die NATO zur Raketenabwehr formulierte! Die erste Phase des Planes wurde 2011 mit der Stationierung von vier Zerstörern mit dem Raketenabwehrsystem SM-3 in Spanien, mit der Aufstellung eines Radarsystems vom Typ AN/TPY-2 im türkischen Kürecik und mit dem Ausbau der Kommandosysteme in Ramstein abgeschlossen. In den Jahren 2014 bis 2015 erfolgte eine Wachablösung der Zerstörer, die seitdem immer wieder in das Schwarze Meer bzw. in die Ostsee einfahren. Am 12. Mai 2016 endete die zweite Phase mit der Eröffnung der Basis im rumänischen Deveselu.

Einen Tag später begann die dritte Phase mit dem Baubeginn der Raketenabwehrbasis in Redzikowo. Beide Raketenabwehrsysteme stellten eine Verletzung des INF-Vertrages durch die USA weit vor ihrem Austritt aus diesem Vertrag dar, weil die bodengestützten Startanlagen VLS-41 auch Mittelstreckenraketen vom Typ BGM-109 Tomahawk verschießen könnten. 2020 soll dann in Polen die Raketenabwehr stehen. Eine internationale Konferenz mit dem Thema „Der Faktor Raketenabwehr bei der Formierung eines neuen Sicherheitsraumes“ vom 3. bis 4. Mai 2012 in Moskau wies nach, dass eine Raketenabwehr iranischer Raketen mit diesen beiden Basen ein Unding ist*. Damit steht der Verdacht im Raum, dass diese Systeme von vorne herein ganz anderen Zielen dienen.

*siehe http://mil.ru/conference_of_pro/news/more.htm?id=11108033@egNews

WELTWEIT: PLÄNE UND PROTESTE

Israel

Die Atomwaffenmacht Israel wird von den USA massiv unterstützt bei der Entwicklung von Raketenabwehr. So wurde Iron Dome gegen Geschosse der Hamas erfolgreich eingesetzt. Bei massiertem Feuer wie 2012 bzw. 2014 mit weit über 2000 Geschossen, sind vermeldete Abschusszahlen über 80% ins Reich der Fantasie zu verweisen.

US-Hilfe (in Mio. \$)	2012	2013	2014	2015
Hilfe für Entwicklung Raketenabwehr	305,7	447,0	729,1	619,8
darunter Iron Dome	70,0	194,0	460,3	315,0

Militärhilfe für die Entwicklung der israelischen Raketenabwehr



Elemente des Raketenabwehr-Mehrstufenplanes für Europa

Peter Schulz ist engagiert im Luftfahrtmuseum Finowfurt und veröffentlicht seine Erkenntnisse zu Raketentechnologien unter www.peterhall.de



»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch den Magazinen VERSÖHNUNG (www.versoehnungsbund.de) und SPINNRAD (www.versoehnungsbund.at) beigelegt.

Redaktion
Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage www.pressehuette.de oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe bei:

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61

Spendenkonto
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99, BIC: OASPDE6333
Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollst. Adresse angeben!



Peter Seyfried – Ein Ginkgoblatt zum Abschied

Am 7. September 2019 verstarb völlig unerwartet Peter Seyfried. Er war über dreißig Jahre Bürgermeister von Mutlangen. In seiner Amtszeit wurde die Mutlanger Heide vom Militärstandort zum Wohngebiet umgestaltet. Er trat Mayors for Peace bei und warb viele Amtskolleginnen für die Mitgliedschaft. Mit dem Mutlanger Manifest setzte er sich für den Erhalt des INF-Vertrags ein. Mit Peter Seyfried verliert die Pressehütte einen engagierten Unterstützer.

BILD: WSH

NACHRUUF VON WOLFGANG SCHLUPP-HAUCK UND LOTTE RODI

Das erste Mal dass wir von Peter Seyfried hörten, war Anfang der 80er Jahre. Er war noch Bürgermeister von Merklingen. Die Pershings aus Mutlangen waren im Manöver dorthin gefahren. Er gestattete den Raketenverfolgern aus der Pressehütte, ihre Flugblätter im Merklinger Rathaus zu kopieren. Als er 1986 für das Bürgermeistertamt in Mutlangen kandidierte, waren wir von seinem Wahlkampf nicht so begeistert. Er ging in einer Äußerung auf Distanz zur Pressehütte. Er wurde mit 64 Prozent im ersten Wahlgang gewählt. Doch zu seiner Amtseinführung wurden wir eingeladen. Wir saßen an einem Tisch mit den Sicherheitsleuten des US-Generals. Das ermöglichte uns Diskussionen mit den US-Soldaten. Der Salat des Festessens blieb weitestgehend liegen, denn Tschernobyl hatte die Sorge geschürt, verstrahltes Grün zu verspeisen.

STETS EIN AUGENMERK AUF EINEN AUSGLEICH

Meine ersten Erinnerungen an Peter Seyfried als Bürgermeister in Mutlangen sind seine Anrufe bei mir daheim, wenn es irgendwelche Probleme mit der Pressehütte gab, und das war häufig der Fall. Auf Beschwerdeanrufe im Rathaus hin bat er mich dann immer um Vermittlung, was mir auch meistens gelang. Ich war froh, dass er nicht gleich den Ordnungsdienst oder die Polizei schickte. Ich erlebte, dass er sich durchaus fair zur Friedensbewegung

verhielt, auch schon zu einer Zeit, als der Großteil der Mutlanger Bevölkerung noch ablehnend eingestellt war. Wenn es etwas zu besprechen gab, hat Peter Seyfried sich stets genügend Zeit dafür genommen und konstruktiv nach Lösungen gesucht.

1993 lud er uns zum Festumzug anlässlich der 700-Jahr-Feier der Gemeinde ein. Wir entschlossen uns mit einer Raketenatrappe mitzumachen, um an die Stationierung zu erinnern und wir hatten Flugblätter mit der Anregung, die Straßen im geplanten Neubaugebiet auf dem ehemaligen Stationierungsgelände nach bekannten Blockierern zu benennen. Das Pfarrersehepaar Hager aus Winterbach trug wie immer bei Demos Sackleinen mit dem Symbol von „Ohne Rüstung leben“. Wir bekamen immer wieder Applaus. Bei dieser Gelegenheit sprachen uns mehrere Bewohner an und erklärten, dass sie eigentlich immer schon auf unserer Seite gestanden hätten. Sie hätten sich aber aus Sorge, dann von der Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden, nicht getraut, das zu zeigen. Es sei gut, dass wir nun selbstverständlich in der Reihe der Mutlanger Vereine aufgenommen seien. Die politischen Straßennahmen kamen nicht, aber ein Geschichtspfad über die Mutlanger Heide und ein Kunstwerk das an die Mayors for Peace erinnert.

Wir haben Peter Seyfried und seinem Engagement, Brücken zu bauen, viel zu verdanken.

Lotte Rodi

Die Distanz zur Pressehütte und Friedensbewegung verschwand und wurde zur aktiven Unterstützung. Bei einer der Abzugsfeiern riskierte er als Mutlanger Bürgermeister ein kritisches Wort zur Stationierung der Atomraketen auf der Mutlanger Heide. Er wurde in der Folge beim nächsten Termin von der US-Army nicht mehr auf die Rednerliste gesetzt.

Nach dem Abzug der Pershings konnte Peter Seyfried nach zähen Verhandlungen mit dem Bundesliegenschaftsamt auf der Mutlanger Heide ein Neubaugebiet ausweisen. Dort wo einst die Atomraketen in den Himmel ragten, erhoben sich nun Baukräne in den Himmel. Damit nicht vergessen wird, welche Bedrohung und welche Aktionen dagegen von hier ausgingen, engagierte er sich für einen Geschichtspfad über die Mutlanger Heide. Mit dem Gemeinderat musste er viel diskutieren. Es sollte nicht nur an die Pershing-Stationierung sondern an die gesamte Geschichte erinnert werden, also von den Römern (Limes) bis heute. In der Arbeitsgruppe wurde zäh um die Tafeln und Texte gerungen.

EIN AKTIVER MAYOR FOR PEACE

Im Jahr 2003 lernte ich bei der UNO in Genf den Bürgermeister von Hiroshima kennen. Er startete dort die 2020 Vision Campaign der Mayors for Peace. Als erstes wollte er die Mitgliederzahl auf 1.000 erhöhen. Ich überbrachte im Sommer Bürgermeister Seyfried eine Einladung für Mutlangen dem Städtebund beizutreten. Bürgermeister Seyfried wollte den Beitritt nicht im Alleingang beschließen und brachte die Einladung in die Bürgermeisterversammlung des Ostalbkreises ein. Im Frühjahr 2004 hatte ich durch sein Engagement die Beitrittserklärungen von der Hälfte der Ostalbgemeinden im Gepäck, um sie Hiroshimas Bürgermeister zu übergeben. Doch nicht genug damit. Gemeinsam mit Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg schrieb Peter Seyfried einen Appell an die vielen ehemaligen Stationierungsorte von Atomwaffen in Deutschland, Mayors for Peace beizutreten. Diese Initiative trug wesentlich dazu bei, dass

Bürgermeister Seyfried verabschiedet Brigitte Schlupp-Wick und Wolfgang Schlupp-Hauck auf ihre Friedensradtour.





BM Seyfried lud andere Mayors for Peace ein, sich an der Umrundung des Atomwaffenstandorts Büchel 2008 zu beteiligen. Das Motto der Kampagne war: "Vor der eigenen Tür kehren"

Bild: WSH



Im Neubaugebiet auf der Mutlanger Heide wird das Kunstwerk mit Spuren aus den Mayors-for-Peace-Städten eingeweiht. Foto: 50cities-50traces

die Mitgliederzahl in Deutschland von 100 auf 400 stieg. Wichtig war dabei auch, dass er als CDU-Mann ermöglichte, dass Mayors for Peace in Deutschland eine buntgemischte überparteiliche Zusammensetzung hat.

Bei einem Besuch von Hiroshimas Bürgermeister in Berlin, traf Peter Seyfried diesen persönlich. Tadatoshi Akiba wurde begleitet von einem Überlebenden des Atombombenabwurfs. Dessen Erzählungen beeindruckten Peter Seyfried sehr stark und bestärkten sein Engagement.

Er wurde zum Gast in der Pressehütte und brachte Gemeinderäte sowie den CDU-Bundestagsabgeordneten Norbert Barthle zu Gesprächen über die nukleare Teilhabe und die Abschaffung aller Atomwaffen mit.

Peter Seyfried beteiligte sich an den Protesten in Büchel gegen die dort immer noch gelagerten Atombomben. Die Rheinzeitung veröffentlichte einen Gastkommentar. Der Flaggentag der Mayors for Peace bekam im Ostalbkreis eine besondere Note. Peter Seyfried konnte auch Landrat Klaus Pavel zum Beitritt zu Mayors for Peace bewegen. Die Mayors for Peace Flagge wird deshalb nicht nur vor den jeweiligen Rathäusern gehisst, sondern auch in einer Gemeinschaftsveranstaltung vor dem Landratsamt in Aalen.

Die besondere Verantwortung, die er als Mutlanger Bürgermeister für die nukleare Abrüstung fühlte führte zur Verabschiedung des Mutlanger Manifestes, mit dem der Erhalt des INF-Vertrages angemahnt wurde. Die erste Version wurde 2007 veröffentlicht, zum 20. Jahrestag des Vertrages. Zehn Jahre später wurde die Mahnungen und der Wunsch nach einer Atomwaffenfreien Welt wiederholt und um Selbstverpflichtungen zum Engagement ergänzt. Hier war in Mutlangen schon die junge Stephanie Esswein seine Nachfolgerin.

Zum Abschluss der Baumaßnahmen auf der Mutlanger Heide waren noch Gelder für ein Kunstwerk frei. BM Seyfried veranlasste einen Wettbewerb. Die Stuttgarter Künstlerin Klaudia Dietewich gewann mit ihren „Wegstücken“ den Wettbewerb. Sie macht Fotografien von Spuren in Straßen und auf Wänden. Die ungegenständlichen Farbkompositionen stammen aus Mayors for Peace - Städten. Als Wanderausstellung „50 Städte - 50 Spuren“ gehen ihre Kunstwerke um die Welt und werden nächstes Jahr in der UNO ausgestellt.

Ein Ginkgo im Garten

Im Garten vor dem Haus von Familie Seyfried zog er einen Setzling eines Ginkgos groß, der von einem Baum aus Hiroshima stammt, der den Atombombenabwurf überlebte. Dieses Hoffnungszeichen sollte, wenn der Setzling groß genug geworden ist, an einem öffentlichen Platz ausgepflanzt werden.

Dies wird Peter Seyfried nun nicht mehr erleben. Er hatte einen Fahrradsturz. Die notwendige Operation überlebte er nicht. Er starb einen Monat vor seinem 69. Geburtstag.

Die Nachricht von seinem Tod erschütterte mich. Peter Seyfried war mehr für mich mehr geworden als ein Lokalpolitiker, den ich für die nukleare Abrüstung werben wollte. Er stand mir bei, als ich in Büchel die Nachricht vom Sterben meiner Mutter erhielt und fuhr mich nach Hause. Er trauerte mich und Brigitte. Für unsere große Radtour gab er uns ein Empfehlungsschreiben mit. Er war Gast bei meinem 60. Geburtstag.

Seine Todesanzeige berührte mich sehr. Ein Ginkgo-Blatt zierte sie. Zu seiner Trauerfeier kamen Tausend Menschen. Dies zeigt wie beliebt er in Mutlangen und im Ostalbkreis war. Peter Seyfried war ein Mensch, der viel bewegte und sich dabei nicht in den Mittelpunkt stellte. Er ist viel zu früh von uns gegangen.

Der Ginkgo im Garten vor dem Haus von Familie Seyfried wird weiterwachsen und irgendwann seinen Platz finden, an ihn und sein, unser gemeinsames Engagement für eine atomwaffenfreie Welt erinnern.

Wolfgang Schlupp-Hauck

2020.

Jahresplanung

DIE PRESSEHÜTTE MUTLANGEN STELLT IHRE PLANUNGEN FÜR DAS NEUE JAHR VOR

Natürlich arbeiten wir auch in diesem Jahr wieder engagiert an dem Ziel eine atomwaffenfreie Welt zu erreichen. 2020 jähren sich die Abwürfe der Atombomben auf die Städte Nagasaki und Hiroshima zum 75. Mal. Hierzu planen wir eine Ausstellung mit künstlerischen Schülerarbeiten im Rathaus Mutlangen. An den Gedenkfeiern planen wir eine Performance zum Gedenken an die Opfer und das jahrzehntelange Leid.

Der **NEUJAHRSEMPFANG 2020** findet wieder im Bella Theater. Alle sind herzlich am **15.1.2020 UM 19.30 UHR** eingeladen teilzunehmen. Bitte kurze Anmeldung bei silvia.bopp@pressehuette.de

Zum **REDHAND DAY**, eine Aktion gegen Kindersoldaten, möchten wir einen Bildungstag mit einer Schule in Mutlangen durchführen. Der Aktionstag findet weltweit jährlich am **12.2.** statt.

Zur **ÜBERPRÜFUNGSKONFERENZ DES ATOMWAFENVERTRAGES** entsendet die Pressehütte 2020 wieder eine Jugenddelegation. Hierzu ist ein **VORBEREITUNGSWOCHELENDE AM 14. -16.2.2020** in der Pressehütte geplant, und ein zweites am **27.3.2020 VORAUSSICHTLICH IN BÜCHEL**. Die Delegation wird dann vom **11.5. -24.5.2020** in verschiedenen Gruppen in **NEW YORK BEI DER UNO** sein.

Wir rufen alle Ostermarschierer auf: **KOMMT MIT UNS NACH ELLWANGEN AM 11.4.2020!**

Auch in diesem Jahr möchten wir mit der Mutlanger Bezugsgruppe einen **AKTIONSTAG IN BÜCHEL** durchführen. Geplant ist **13. - 14.6.2020**

DAS INTERNATIONALE WORKCAMP findet vom **28.6.-12.7. 2020** statt.

Zum **FLAGGENTAG DER MAYORS FOR PEACE** am **8.7.2020** möchten wir in **SCHWÄBISCH GMÜND** einen Film im Kino zeigen und die Flagge am Rathaus gemeinsam mit dem Oberbürgermeister hissen.

Auch in **MUTLANGEN** ist eine kleine **VERANSTALTUNG ZUM FLAGGENTAG** geplant.

Anlässlich der **HIROSHIMA UND NAGASAKI GEDENKTAGE** möchten wir eine **SOMMERAUSSTELLUNG IM MUTLANGER RATHAUS** mit Schülerarbeiten zu Thema organisieren. Thema: Schattendrucke

WEITERE AKTIONEN ZU 75 JAHRE HIROSHIMA/NAGASAKI sind noch in Planung evtl. Großplakate am Bahnhof, Performance auf dem Marktplatz oder eine Projektion im öffentlichen Raum.

Ab **OKTOBER** freuen wir uns auf **AUFFÜHRUNGEN DER LYRIKADEN**, die ihr neues Stück evtl. auch zur **FRIEDENSDEKADE** an Bus- und Betttag präsentieren werden.

Als **HERBSTVERANSTALTUNG ZUR FRIEDENSBILDUNG** möchten wir Frau Prof. Dr. Birkenbach zum Thema Sicherheitslogik versus Friedenslogik einladen... Ansonsten sind **MONATLICHE WORKSHOPS UND FRAUENFRÜHSTÜCKE** geplant.

Wir hoffen unsere Planungen inspirieren eine aktive Beteiligung vieler Leserinnen und Leser. Sollten Sie Fragen zur Teilnahme oder Unterstützung der Projekte haben freuen wir uns über **Anfragen unter: Silvia.bopp@pressehuette.de**
Tel: 0176/53532113

SUCHE NACH NEUEN PERSPEKTIVEN

Zehn Städtevertreter des Exekutivrates der Mayors for Peace versammelten sich am 11. und 12. November in Hannover. Sie berieten über die 2020 Vision Campaign, deren aktuellen Aktionsplan und die Nachfolgekampagne. Im kommenden August soll diese bei der 10. Generalkonferenz in Hiroshima beschlossen werden. Folgende allgemeine Ziele wurden vereinbart: „eine Welt ohne Atomwaffen zu verwirklichen“ und „Sichere und belastbare Städte zu schaffen“. Konsens bestand auch darüber „eine Kultur des Friedens zu fördern“, um Menschen anzuregen für die beiden ersten Ziele aktiv zu werden. Der Entwurf soll zuvor innerhalb der Mayors for Peace und mit anderen

engagierten Organisationen diskutiert werden. Bis dahin sollen folgende Punkte verfolgt werden: Mitgliederwerbung, Friedenserziehung der jüngeren Generation, Friedenspraktika in Hiroshima. Außerdem kam man überein ein europäisches „Chapter“ zu gründen. Dieses hielt seine erste Sitzung direkt nach dem Treffen des Exekutivrates.

Für den nächsten FreiRaum planen wir Diskussionsbeiträge über die zukünftigen Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen der Kampagne und der Mayors for Peace. Ideen und Anregungen sind herzlich willkommen.

Wolfgang Schlupp-Hauck



Ellwanger Friedenslauf

Am 16.11. beim Ellwanger Friedenslauf im Rahmen der ökumenischen Friedensdekade hieß es dieses Mal: „Atomwaffen entsorgen“. Und tatsächlich landete eine Atomrakete, wenn auch nur aus Kunststoff, in einer Mülltonne.

Carola Moser erinnerte an ihre Teilnahme an der Jugenddelegation im April zum UN-Hauptquartier in New York. „Es ist wichtig und notwendig, dass die Zivilgesellschaft, also jede und jeder Einzelne von uns, das Recht auf Frieden laut und deutlich einfordert“, sagte die junge Historikerin. Nach dem Ausstieg der USA und Russland aus dem bilateralen INF-Vertrag, der zum Verzicht auf landgestützte nukleare Mittelstreckensysteme verpflichtet, sieht Carola Moser die Gefahr eines neuen Wettrüstens. 2020 soll der 1970 in Kraft getretene Atomwaffensperrvertrag im Rahmen einer Konferenz überprüft werden. Moser bedauerte es, dass Deutschland den Atomwaffenverbotsvertrag nicht ratifiziert hat und auch nicht beabsichtigt, dies zu tun. Begrüßt wurde, dass der Ostalbkreis die Bundesregierung auffordert, den Verbotsvertrag zu unterzeichnen. Im Oktober hatte dies der Kreistag beschlossen. wsh



Fotos: Gerhard Schneider

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
 Atom- und Uranwaffen.
 Für die friedliche Nutzung
 des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1000

Herausgeber
 Pressehütte Mutlangen
 Friedens- und Begegnungsstätte
 Mutlangen e.V.
 Forststraße 3
 73557 Mutlangen
 Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
 www.pressehuette.de
 post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnement: Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und
 Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
 der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
 ist der Bezug im Mitglieds-
 beitrag enthalten.

Bankverbindungen
 nur für Abo-Gebühren:
 Friedens- und Begegnungsstätte –
 FreiRaum
 Raiffeisenbank Mutlangen
 DE90 6136 1975 0055 6280 10

für steuerabzugsfähige Spenden:
 Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
 Kreissparkasse Ostalb
 IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99
 Stichwort: Spende FreiRaum
 Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion
 V.i.S.d.P.
 Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
 Tel. 0 71 71 - 18 20 58
 e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
 Beiträge geben nicht unbedingt
 die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout
 Michael Heidinger Grafikdesign
 www.michael-heidinger.com

Druck
 UWS-Druck und Papier GmbH
 70184 Stuttgart,
 Telefon (07 11) 46 30 05
 mail@uws-druck.de

ISSN 2509-7199

2019 Zum Jahreswechsel 2020

**WIR WÜNSCHEN UNSEREN LESERINNEN UND LESERN
 EINE GESEGNETE WEIHNACHTSZEIT UND EIN FRIEDLICHES,
 ERFOLGREICHES NEUES JAHR.**



WIR WÜNSCHEN UNS VON UNSEREN LESERINNEN UND LESERN:

- dass wir uns gemeinsam für einen Beitritt
 der Bundesregierung zum Atomwaffen-
 verbotsvertrag einsetzen.
- dass Sie zahlreich mit uns bei den Aktionen
 in Büchel dabei sind.
- dass Sie uns großzügig mit Spenden für
 unsere Friedesarbeiterinnen unterstützen.

WIR WÜNSCHEN UNS:

- Politiker, die sich für eine zivile, nichtmilitäri-
 sche Lösung von Konflikten stark machen.
- gerechtere Handelsbeziehungen weltweit.
- Ernstnehmen der Forderungen der Jugend
 für eine konsequente Klimapolitik.

1984 Generationenwechsel 2019

